

Nur außerparlamentarische Opposition bricht *Agenda 2010!*

Die *Agenda 2010* ist das Werk von Bundesregierung, Opposition und Unternehmerverbänden. Sie ist der bisher „brutalstmögliche“ Angriff auf unsere sozialen Errungenschaften. Das „Sozialstaatsgebot“ des Grundgesetzes wird frech ausgehebelt. Angeblich geht es um die „Sicherung des Standortes Deutschland“. Jedoch ist Deutschland bereits Exportweltmeister. Angeblich geht es um die „Modernisierung“ der Sozialversicherungen. Aber ist Sozialabbau „modern“ oder nicht eher alter Kapitalismus?

Lüge und Wahrheit

- „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, um die Arbeitslosigkeit bis 2005 zu halbieren?

Fakt ist: Jeder Job soll zumutbar sein. Arbeitslose bis 55 Jahre erhalten nur 12 Monate Arbeitslosengeld I. Danach nur noch Arbeitslosengeld II (Sozialhilfe) von 345 Euro pro Monat. Trotz statistischer Tricks gibt es offiziell 4,6 Millionen registrierte Erwerbslose.

- „Reform“ der Krankenversicherung für ein besseres und billigeres Gesundheitssystem?

Fakt ist: 10 Euro Eintrittsgebühr beim Arzt sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Leistungen der Krankenversicherungen werden abgebaut und gleichzeitig unsere finanziellen Belastungen für Vorsorge, Medikamente und Krankenbehandlung erhöht.

- „Reform“ der Rentenversicherung, um sie nachhaltig zu sichern?

Fakt ist: Die Renten werden immer weiter gesenkt und das Rentenalter erhöht. Derzeit 65 Jahre. In Zukunft 67 Jahre und Rente auf Sozialhilfeniveau? Die Rentenversicherung wird immer mehr privatisiert und dadurch gefährdet.

- „Reform“ des Steuersystems für steuerliche Entlastung und wirtschaftlichen Aufschwung?

Fakt ist: Unternehmen und Reiche erhalten pro Jahr 25 Milliarden Euro als Zusatzgeschenk. Eine Arbeiterin bei Siemens muss mehr Steuern zahlen als dieser reiche Konzern. Weitere Folge: Allein 2003 fehlten den Kommunen aufgrund der „Reformen“ 12 Milliarden Euro an Einnahmen (für Schulen, Nahverkehr...).

Die Agenda 2010 muss weg!

Die *Agenda* hält also nichts von dem, was sie verspricht. Sie nützt nur den Reichen und den Konzernen. Sie beschleunigt die Umverteilung von unten nach oben. Deshalb muss sie weg. Alle Bundestagsparteien stehen für Sozialkahlschlag. Auch die PDS trägt als Regierungspartei in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern den Sozialabbau mit. Der DGB-Vorstand hat uns 1998 und 2002 Schröder als „kleineres Übel“ empfohlen. Anstatt die Angriffe von Politik und Wirtschaft mit Kampfmaßnahmen zu beantworten, arbeiteten führende GewerkschafterInnen sogar an „Hartz-“ und „Gesundheitsreform“ mit.

Es hilft nicht, abends vor dem Fernseher über die Unverschämtheiten von Politik und Wirtschaft zu jammern oder über *die* Gewerkschaften zu schimpfen.

Wir müssen selbst aktiv werden.

Für erfolgreichen Widerstand brauchen wir eine starke und hartnäckige außerparlamentarische Opposition. Das erfordert Massenproteste wie am 1. November 2003 in Berlin und politische Massensteriks wie in Italien. Nur so kriegen wir die *Agenda* weg. Millionen sind stärker als Millionäre.

Der heutige europaweite Aktionstag ist ein guter Anfang. Aber Demonstrationen reichen nicht. Wir brauchen eine aktive und kämpferische Gewerkschaftsbewegung. Wir brauchen eine neue ArbeiterInnen-Partei, die mit der Logik des „kleineren Übels“ bricht, und die konsequent unsere Interessen gegen die Nutznießer des Profitsystems vertritt.

Die Zeit ist reif für politische Alternativen zum Sozialabbau von Politik und Kapital. Wir fordern:

Statt Arbeitsplatzvernichtung - Verbot von Entlassungen!

Statt Arbeitslosigkeit - Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich für alle!

Statt Schikanen gegen Arbeitslose - Rücknahme der Zumutbarkeitsregelungen!

Statt Existenzangst und Armut - 1500 Euro Mindesteinkommen für alle!

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite! Eine bessere Welt ist möglich!



RSB

Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Rassismus, Frauenunterdrückung und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Ziel des RSB ist, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken.

➤ Ich möchte:
das Infopaket des RSB
mich an Aktivitäten beteiligen
Kontakt zu einer Ortsgruppe

schicken an:

**RSB, Landzungenstr.8,
68159 Mannheim**

oder einfach im Internet:

www.rsb4.de buero@rsb4.de

